

Das Richten über die Gerichte.

Die Manipulationen der PiS

PiS hat die Manipulation bis zur Perfektion beherrscht. Sehen wir uns ein paar Beispiele die die s.g. Justizreform betreffen.

Die Politiker dieser Partei benutzen das Argument, dass 80% der Polen sich eine Reform der Gerichte wünschen. Der stellvertretende Vorsitzende des Senats, Stanisław Karczewski, sagte im Januar in die Kameras: „PiS hört auf die Stimme der Polen. Ich war gestern in Mława und dort begrüßen die Einwohner die Reform“.

Die PiS suggeriert damit, dass alle Polen ausgezeichnetes Rechtswissen besitzen und dass 80% von ihnen meint, dass das Justizwesen nur damit geheilt werden kann, indem man die Richter dem Justizminister Ziobro unterordnet. Die Realität sieht so aus, dass die breite Mehrheit der Polen keine Ahnung vom Recht hat, während sie aber gerne über Flüsterpropaganda Stereotype über die bösen Richter weitergeben.

Als Gerichtsjournalist, der sich auch mit Gerichtsinterventionen beschäftigt, hatte ich täglich mit Menschen zu tun, die nach verlorenen Gerichtsverhandlungen sagten: „Ich habe verloren, weil der Richter bestochen wurde.“ „Haben Sie es gesehen?“, frage ich. „Tja, nein, aber es ist doch offensichtlich.“ Währenddessen konnten die Menschen nicht einmal die klar formulierte Urteilsbegründung verstehen.

Anfangs der 2000er Jahre kam zu der wroclawer Redaktion der „Gazeta Wyborcza“ eine Frau nach einem verlorenen Prozess gegen ihren Nachbar. Sie verlangte von mir ein Eingreifen, weil... sie bei einer Wahrsagerin war, und jene ihr sagte, dass sie ohne der Unterstützung der „Ga-

zeta Wyborcza“ keinen Fall gegen jenen Nachbar gewinnen könne. „Und es war eine wirklich gute Wahrsagerin, denn für diesen Rat verlangte sie sogar 150 złoty!“ - versicherte die Leserin.

Juristen unterstreichen, dass in den Gerichten üblicherweise die eine Seite gewinnt, die andere verliert, also unzufrieden ist. Ich würde sogar weiter gehen: in Strafanlagen sind gewöhnlich beide Seiten unzufrieden. Der Geschädigte und seine Familie meinen, dass das Urteil zu milde ist, während der Beschuldigte und seine Familie meinen, es sei zu hart. Also ist die kritische Beurteilung des Gerichtes quasi mit der Institution verbunden.

Selbstverständlich kommen in den Gerichten auch Situationen vor, die zu tadeln wären, die jetzt von der TVP-Sendung „Die Kaste“ an die große Glocke gehängt werden. Wie viele Beispiele kann sie zeigen – 10, 20, 100? Selbst wenn man 150 Tausend zeigen würde, was eine kosmische Zahl wäre, würde es gerade mal ein Prozent aller jährlich bei Gerichten eingereichten Fälle ausmachen! Denn es werden 15 Millionen eingereicht.

Die Verfassung wie der Dekalog

In 2015 verkündete die PiS, dass weil der „Souverän“ sie gewählt hat, hat er ihnen damit das Mandat gegeben, Polen nach ihrem Geschmack zu gestalten. Und bis heute, während die Rechtsstaatlichkeit zerstört wird, beruft sich die PiS auf dieses Mandat.

Stellen wir uns vor, ein neuer Papst ist gewählt worden und verkündet, dass er das sechste Gebot streicht – man darf nun Ehe brechen, und die Priester sollten es gar

tun, um den mit Jahrhunderten des Zölibats verbundenen Rückstand aufzuholen. Er hat ein solches Recht, weil er gewählt wurde? Natürlich – nicht, weil er sich dem Dekalog unterordnen muss. Genauso ist es mit der PiS. Sie können nicht tun, was sie wollen, weil die Verfassung der Republik Polen ihnen mit dem Art. 7 die Grenzen setzt: „Die staatlichen Organe agieren aufgrund des Rechts und in dessen Umfang“. Und die Verfassung ist für den Bürger und die Machtorgane das, was der Dekalog für den Christen und für die Kirche ist.

Abgeordnete – fängt mit euch an

Ein wichtiges Argument welches die Reformen stützt ist die Langwierigkeit der Abhandlung der Gerichtsfälle. Allerdings hat die PiS keine Analyse durchgeführt, was deren Gründe sind. Dabei ist eines der Gründe die lange Wartezeit auf die Expertisen der Gutachter. So wartet man auf medizinische Gutachten gut zwei Jahre, wenn nicht länger. Weil Ärzte fehlen, die für wenig Geld bereit wären, solche Expertisen durchzuführen.

Prof. Włodzimierz Wróbel, ein Richter am Höchsten Gericht, machte in seinem Artikel „Gerichte können besser sein“ („Tygodnik Powszechny z 19.01.2020) darauf aufmerksam, dass man die Justizreformen bei der Reform des... Parlaments beginnen sollte. Es ist nämlich kaum möglich gut und rechtmäßig zu urteilen, wenn die Gesetze schlampig und hastig und die Verordnungen uneindeutig verfasst werden und ein großes Feld für widersprüchliche Interpretationen bieten.

Jetzt wächst die Langwierigkeit, weil mit dem Urteil des Höchsten

Gerichts vom 23.01.2020 ca. 500 Richter, also 5%, sich des Urteilens fern halten sollte, bedingt durch die Missachtung der Prozeduren, die die mit aller Kraft durchgepeitschte „Reform“ beinhaltet.

Das Recht wie ein Auto

Die PiS versucht zu überzeugen, dass das Gesetz zur Disziplinierung der Richter Elemente aus anderen Ländern beinhaltet, was das Gesetz glaubwürdiger machen soll. Es ist eine weitere Manipulation. In 2018 fand auf der Universität Wrocław das Treffen der polnischen Sektion der Internationalen Juristen Kommission. Ich nahm daran teil. Die oben genannte Frage wurde dort besprochen. Die Referenten unterstrichen, dass man Teile der Rechtsprechung eines Landes nicht direkt in ein anderes übernehmen kann, weil jedes davon ein gesondertes Organ je-

nes Staates betrifft innerhalb eines eigenes Rechtssystems, gewöhnlich durch eine jahrhundertelange Tradition mitgestaltet, mit einer bestimmten Rechtskultur und Kontrollmechanismen. Es ist so, als würde man einen Ferrari-Motor, einen Sitz aus dem Mercedes, das Getriebe von einem Audi nehmen und versuchen, all das am Fahrradrahmen der Marke Giant einzubauen.

In Polen ist das dumpfe Volk eine Tugend

Gordon Bennett, ein vor einem Jahrhundert lebender amerikanischer Herausgeber, schrieb: „Nur eine gut informierte Gesellschaft ist für den Staat vom Nutzen. Weil eine gut informierte Gesellschaft die richtigen Entscheidungen fällen kann, zum Beispiel bei den Wahlen.“ Währenddessen hat vor ein paar Wochen Bartosz Kownacki mit Ge-

nugtuung festgestellt, dass im Falle der Gesetzes zur Disziplinierung der Richter die Leute ohnehin nicht wissen, worum es geht.

In der Schweiz, wenn ein Referendum ansteht, erhält jeder Bürger vom Staat die volle Information zu den gestellten Fragen des Referendums, zusammen mit den Konsequenzen, die eintreten würden, wenn man die eine oder die andere Entscheidung fällt. In Polen tun die öffentlichen Medien alles mögliche, um das Problem zu verdunkeln, und dann macht ein PiS-Abgeordneter und bis vor kurzem Regierungsmitglied seine Genugtuung darüber offenkundig, statt sich über das Unwissen der Gesellschaft zu sorgen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Marian Maciejewski